

# Saale-Beitung.

**Anzeigen**  
 werden die Spaltenbreite oder deren  
 Raum mit 20 Pfd., solche aus Halle mit  
 20 Pfd. berechnet und in der Expedi-  
 tion unter Annahmestellen und allen  
 Annoncen-Expeditionen angenommen.  
 Retarden die Seite 75 P.  
 Erhalten wöchentlich postfrei.  
 Sonntags und Montags einmal,  
 sonst zweimal täglich.  
 [Der Abdruck unserer Original-Artikel  
 ist nicht gestattet.]

**Bezugpreis**  
 der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
 dreimonatlicher Zustellung 2,75 M., durch  
 die Post 3,25 M., anseits Zustellungs-  
 gebühr. Bestellungen werden von allen  
 Reichspostämtern angenommen.  
 Im ausländischen Zeitungsbereich  
 unter Nr. 6555 eingetragen.  
 Für die Redaktion verantwortlich:  
 Max Scharre in Halle.  
 Sprechstunden von 10<sup>h</sup> bis 12<sup>h</sup> Uhr.  
 [Gesamtdruck: Redaktion Nr. 2332. -- Expedition Nr. 170.]

Nr. 138. Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 22. März 1902.

## Deutschland und Kanada.

Am 17. d. M. Befrag im kanadischen Parlament der Finanzminister, als er den Etat vorlegte, die Beziehungen zu Deutschland. Ueber die Auswertungen ist ein telegraphischer Bericht nach Deutschland gelangt, dessen Wichtigkeit im einzelnen vorläufig nicht kontrolliert werden kann, weil der Wortlaut der Rede erst nach geraumer Zeit und zugänglich sein wird, die Uebersetzung von telegraphischen Berichten aber, die über England zu uns kommen, erhaltungsgewiss fast immer viel zu unrichtig übrig läßt. So viel geht aus dem Bericht jedenfalls hervor, daß die kanadische Regierung heute über die handelspolitischen Beziehungen zu Deutschland anders denkt, als in jener Zeit, da sie durch ihre mit dem deutsch-englischen Handelsverträge in Widerspruch stehende Begünstigung englischer Erzeugnisse die Kündigung dieses Vertrages veranlaßt und Deutschland zur Entziehung des Meißelbegünstigungsrechts für kanadische Waaren zwang. Damals glaubte man in Kanada, daß die übrigen britischen Kolonien sich beugen würden, dem Beispiele zu folgen, und England selbst die Entziehung des großbritannischen Zollvereins, für den namentlich Hr. Chamberlain schwärzte, dadurch fördern würde, daß es durch Differenzialzölle auf Lebensmittel, Holz und andere Produkte die Einfuhr aus den Kolonien begünstigen würde. Wie jetzt ist nichts deraut geschehen, und es ist auch keine Aussicht vorhanden, daß etwas in dieser Richtung geschehen wird. Wohl aber wurde Kanada in langwierige Differenzen mit den Vereinigten Staaten verwickelt, weil diese die durch den Zollnachschuß von anfänglich 12<sup>h</sup>, dann von 25 Proz. herbeigeführte Begünstigung englischer Waaren sich nicht gefallen lassen wollten. Durch diese Differenzen, die sich zeitweilig zu einem wirtschaftlichen Stillstande entwickelten, wurde Kanada wirtschaftlich noch mehr geschädigt als durch die Erschöpfung der Aussicht nach Deutschland.

Da die Einfuhr Deutschlands in Kanada durch die ungleichmäßigere Behandlung nicht wesentlich beeinflusst wird, weil sie sich größtentheils auf Waaren erstreckte, die aus Deutschland bezogen werden mußten, so machte sich mit der Zeit in Kanada eine andere Stimmung geltend. Zwar fehlte es auch nicht an Stimmen, die besondere Gesetze zur Ermöglichung von „Wergeltungsalternativen“ gegen Deutschland verlangten, und auch jetzt sind solche ja genannt, aber die Mehrheit des kanadischen Parlaments ist, wie die oben erwähnte Rede des Finanzministers zeigt, nicht dafür zu haben. Man weiß offenbar mit Deutschland wieder zu normalen Verhältnissen kommen, kann aber, wenn die Rede des Ministers richtig übermietet worden ist, noch nicht zu der Ansicht gelangen, daß Kanada allein die Schuld an dem jetzigen Zustande trägt.

Der Vertrag zwischen Deutschland und England bestimmte, daß deutsche Waaren in England selbst und in allen englischen Kolonien dieselben Rechte genießen sollten, wie englische Waaren. Diese Bestimmung enthielt außerdem nur noch der Verträge zwischen England und Belgien, während die sonst von England abgeschlossenen Verträge das Recht der selbständigen Kolonien, ihre Folgegebungen nach eigenem Befinden zu regeln, anerkannten. Wenn die englische Regierung beim Abschluss der Verträge mit Deutschland und Belgien über ihre Befugnisse hinausgegangen war, so blieb ihr nichts anderes übrig, als es geschehen ist, die beiden Verträge zu kündigen. Ob der Entschluß Kanadas, die englische Einfuhr zu begünstigen, in der Kolonie selbst entstanden oder ihm von England aus nahegelegt worden ist, ist offenbar nicht gleichgültig, da Kanada die Meißelbegünstigung Deutschland nicht gewährt, so mußte es die Folgen tragen. Die von gewissen Kreisen in England namentlich aber in Kanada begabte Erwartung, daß der Bund der australischen Kolonien, wenn er erst vollständig geschlossen sei, englische Waaren gleichfalls günstiger zu behandeln werde, hat sich nicht erfüllt. Australien gewährt allen Staaten die Meißelbegünstigung, welche sie seinen Produkten gewährt. Dadurch ist Kanada handelspolitisch ganz isoliert. Der kanadische Finanzminister sagt, Kanada habe in Verfolgung seiner eigenen Interessen für richtig gehalten, die Kündigung des Vertrages zwischen Deutschland und England zu verlangen, und macht Deutschland den Vorwurf, es wolle nicht einsehen, daß ein Unterschied bestehe zwischen einer fremden Nation und „dem Familienkreise des britischen Volkes“. Nun, Deutschland verfolgt auch nur seine eigenen Interessen, und diese bestehen, daß die Meißelbegünstigung einem Lande entzogen wird, das Deutschland die Meißelbegünstigung erteilt. Kanada hat es in der Hand, seine Beziehungen zu Deutschland wieder besser zu gestalten, aber dies kann nicht geschehen auf der vom kanadischen Finanzminister geschilderten Grundlage. fr.

## Deutsches Reich.

**60- und Personalnachrichten.**  
 \* Der älteste preussische aktive Justizbeamte, der Oberstaatsanwalt, Gebietsbevollmächtigter in Hamm (Westfalen), hat seine Verabschiedung in den nächsten Monats. Herr Hagen, welcher gegenwärtig in 82. Lebensjahre steht, konnte bereits 1892 sein 60jähriges Dienstjubiläum feiern.  
 \* Der frühere Kolonialdirektor Dr. v. Buchta ist vom 1. April ab mit der Verwaltung des Reichsanstaltens der Universitäts- und Landesbibliothek in Bonn betraut worden.

**Beratung des Zolldommissionärs.**  
 Das preussische Herrenhaus hat, wie nicht anders zu erwarten stand, den Antrag des Grafen Mirbach auf Herabsetzung

des Zolldommissionärs angenommen. Die schärfste Opposition einiger Oberbürgermeister hat auf die Zunker gar keinen Eindruck gemacht. Die Mehrheit ging sogar über den Antrag der Glanz- und Finanzkommission des Hauses noch hinaus; während diese forderte, daß ein die Herabsetzung des Zolldommissionärs betreffender Gesetzentwurf „abdrückungslos“ vorzulegen werden soll, beschloß das Herrenhaus, das Wort „abdrückungslos“ zu streichen und die sofortige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu fordern.

Von besonderem Interesse war bei der Verhandlung die Stellungnahme der Regierung. Auch in dieser Frage zeigt sich wieder die Regierung willfährig gegenüber der unjuristischen Begehrtheit. Der Finanzminister v. v. Rheinbaben erklärte, daß die Staatserhebung gegen ein, an eine Ermäßigung des Zolldommissionärs betreffendes Verlangen, und besonte ausdrücklich, daß der Ministerpräsident Graf v. Bismarck nicht einverstanden sei. Also selbst Stempelbegünstigung will Graf v. Bismarck den notwendigen Zolldommissionären zugeben — und da erklärt noch der Bundesvorsitzende Dr. Köhlde im Circus Wirth: „Nun, wie häufig fällt nicht ein Herz des Reichstagslers für die Unbilligkeit aus!“ Graf v. Mirbach hat in der Schlussrede den Ministern und besonders dem Ministerpräsidenten seinen und seiner Freunde Zorn für ihre entgegenkommene Erklärung abgeklopft. Es scheint, als ob die Zunker ein so weitgehendes Entgegenkommen selbst nicht erwartet hätten. Ueberaus widersprüchlich waren die Ausführungen des Finanzministers v. Rheinbaben. Er fesselte die Zolldommissionäre als ein Eingel der, daß das betreffende Grundbild dauernd dem allgemeinen Verkehr entzogen werde; ein Stempel von 3 Proz. sei dafür ein geringer Ersatz. Anstatt daraus die Folgerung zu ziehen, daß der Stempel erhöht werden müsse, erklärte der Finanzminister mit leiserer Stimme, daß dieser Satz eine zu hohe und rein mechanische Belastung darstelle. Herr v. Rheinbaben will, daß bei der Bildung von Zolldommissionen eine „gute Mittelstraße“ eingehalten werden soll, aber er selbst muß zugeben, daß der Zolldommissionäre in §§ 14, in den übrigen Protokollen 6-7 Proz. des Gewinns betrage, und er will die Hand dazu bieten, daß durch die Herabsetzung des Zolldommissionärs die Gründung neuer Zolldommissionen erleichtert wird. Daß der Kandidat für den Zolldommissionäre mit der Ermäßigung des Zolldommissionärs ganz einverstanden ist, braucht nicht ausdrücklich betont zu werden. Mit der ihn steuernden Anknüpfung ist in der Begründung seiner Behauptungen stellte er den Grundab, daß es die Aufgabe der Regierung für die nächste Zukunft sei, den Grundbesitz mehr und mehr dem öffentlichen Verkehr zu entziehen; nur hier er es nicht für wünschenswert, die Stempelung von der genauen Einkommenshöhe zu trennen. Unverständlich wurde in der Verhandlung das Argument wieder geltend gemacht, daß aus den Kreisen der Zolldommissionäre sich die Offiziere und Beamten des Staates rekrutieren, und daraus die Notwendigkeit neuer Liebesgaben für jene Herrschaften folge.

Gegen den Vorbehalt des Herrenhauses ist vom liberalen Standpunkt aus der entschlossene Widerspruch zu erheben. Die Herabsetzung des Stempels bei der Bildung von Zolldommissionen ist absolut ungeredfertig. Im Gegensatz mißt der Stempel erhöht werden, um die Erweiterung der gemeinwirtschaftlichen Zolldommissionen zu erleichtern. Bittwür, es wäre traurig und dem Staat befehle, wenn er auf ein paar Tausend Zinnsfamilien allein angewiesen wäre. Daß aus jenen Kreisen zahlreiche Offiziere und höhere Beamte stammen, ist richtig, aber gerade in der Bezugnahme dieser Kreise liegt ein großes Unrecht gegenüber den anderen Wirtschaftsklassen. Die Erziehung dieser Familien werden in auf beschränkten Staatsleistungen beruhen und verdienen den bewährtesten gleichberechtigten Bürgerlichen Elementen das Vorkommen. Wenn immer wieder das Liebesgemüt wird von dem „Werk geschickter Familien“ für das staatliche Leben, so braucht nur auf die Tatsache hingewiesen zu werden, daß unter allen großen Männern, die an der Neugründung des Deutschen Reiches einen hervorragenden Anteil genommen haben, nicht ein einziger aus einer Familie mit fiskaloffizieller Verbindung gebundenem Grundbesitz stammt. Von allen volkswirtschaftlichen Nachteilen abgesehen, ist das Zolldommissionären eine Duell juristischer Annäherung und muß schon aus diesem Grunde eingeschränkt und befristet werden.

### Die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses.

Nach dringlichen Taten und Abenden ist nun endlich auch das Abgeordnetenhause in die Thematik geangewand. Die weitest größte Zahl der Abgeordneten wird indes den Anstrengungen dieser letzten Woche vorzüglich und eifrig schon früher zu den heimischen Venen, die Last der Parlamentsarbeit den fleißigsten und pflichtgetreuesten Kollegen überlassen. Aber trotz der angewandten Mühe und Zeit ist es dem Abgeordnetenhause nicht gelungen, seine erste und dringende Aufgabe zu lösen: den Etat für geschäftlichen Stillstand zu stellen. Ein Rathschlag muß abgesehen. Kohärenz Tage gingen in endlosen Reden seit dem 22. Jan., wo die zweite Einbringung begann, namentlich beim landwirtschaftlichen, beim Etat des Ministeriums des Innern und beim Antikonten verloren. Die Voten verhielten sich bei jeder Sitzung, wie bei einem Geleiten, ausgedehnte Reden hatten zu infizieren, obwohl gleich zu Beginn der Session durch die Intervention über den Etat des Reichstags in den öffentlichen Reden und durch die gleichzeitige Intervention der Voten über die Wergeltung Vorzüge das Parlamentarium völlig erschöpft schien und die Regierung durch ihre feilen und bestimmten Erklärungen der parlamentarischen politischen Agitation einige toteische Prüchhaltung hätte aufsetzen müssen.

Vorgehen von den genannten Interpellationen, deren Erweiterung drei Tage in Anspruch nahm, kann noch die Interpellation über den Fall Antikonten und der Antrag Krümm über die Organisation und das Verfahren bei den General-Kommissionen zur Sprache. In dritter Lesung erledigt sind eine Anzahl kleinerer Gesetzentwürfe, so über die Schonzeit des Schottischen Meeres, die Jagdordnung in den hohen-schottischen Wäldern, Verlegung des Amtsgerichts von Zimmern nach Weierland, Aufhebung des Amtsgerichts in Weierland, die Bundesverfassung in Mecklenburg, das Gemeinde-fortgesetz für die Hohensteinernden Umde, dann die wichtigsten Gesetze über die Vertheilung der Abgabensubjekte der Arbeiter in staatlichen Betrieben und der gering befristeten Staatsbeamten, über Heranziehung von den Kreisbezirken und des Provinzialabgabens, sowie die Abgabensätze der evangelischen Pfarren und deren Rektoren in Frankfurt a. M. und endlich das Gesetz über den Erwerb von Bergwerken für den Staat im Bezirke Dortmund im Betrage von 55 Millionen.

Ein großes Stück Arbeit bleibt also dem Plenum nach den Osterferien noch vorbehalten, vor allem die Erledigung des Etat, der sofort in der ersten Sitzung des Aprils wieder in Angriff genommen wird. Obwohl die Kommissionen sehr fleißige Arbeit geleistet haben, scheint doch die Voranfrage zu Beginn der Session, es wird, in diesem Sinne, eine sehr kurze Tagung haben, kaum in Erfüllung zu gehen. Bedeutende Schwierigkeiten wird u. a. auch der Gesetzentwurf über die juristische Prüfung und Vorbereitung zum höheren Justizdienst, über welchen die Ministern in juristischen Kreisen weit ausgedehnt, und die Jogen. lex Adlocos machen. An neuen Gesetzentwürfen sollen dem Plenum, wie im heutigen Morgenblatt schon gemeldet, bald nach den Osterferien noch zugehen: eine Vorlage, betr. den höheren Verwaltungsdienst, eine Materie, die ebenfalls schon seit längerer Zeit Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen ist, ferner ein Entwurf, betr. die Vertretung auf den Reichstagen der Provinz Voten und eine solche Vorlage, betr. den Bau einer Hofbahn in Weierberg bei Rulow.

### Wirtschaftspolitische.

\* In einem vorläufigen Jahresbericht für 1901, den die Handelskammer zu Köln veröffentlicht, wird besagt, daß die wirtschaftlichen Störungen des vorigen Jahres auch nicht ohne Einfluß auf den Bau von Fischschiffen geblieben seien. Als ein großer Uebelsand, sagt er weiter, „muß immer noch angesehen werden, daß das ausländische Material für die Fischschiffe nicht sofrei eingeführt werden kann, während dem Schiffbau dieser Vorkriegszeit zu gute kommt. Hinsu kommt noch, daß Holland infolge der den Walwerken bewilligten Ausfuhrprämie unter der Beschränkung Material billiger verarbeitet kann, als die stetigen rheinischen Schiffbauanstalten.“ Dem Uebelstande, daß ausländische Materialien für den Bau von Fischschiffen nicht sofrei eingeführt werden dürfen, soll durch die Verhandlung des Reichstages unterliegende Zolltarifgesetz ein Ende gemacht werden. Nach § 5 des Entwurfs, der von der Zolltarifkommission in erster Lesung genehmigt worden ist, sollen vom Eingangszoll befreit bleiben Materialien, die zum Bau, zur Ausbesserung und zur Ausrüstung von See- und Flußschiffen verwendet werden. Es ist dies eine der wenigen Verbesserungen, die der Tarifgesetzentwurf gegenüber den jetzt geltenden Bestimmungen enthält. In der Begründung des Tarifgesetzes wird mit Recht angeführt, daß die seit 1879 bestehende Zollfreiheit für Fischschiffe und die Zollfreiheit für Materialien zum Bau, zur Ausbesserung und zur Ausrüstung von Fischschiffen nicht miteinander vertragen, und daß, während der See- und Flußschiffe, der sich der Zollfreiheit der Materialien erweist, sich ungenutzt günstig entwickelt hat, der Fischschiffen zurückgeblieben ist und namentlich der große Bedarf der Rheinfischerei fast ausschließlich aus den Niederlanden gedeckt wird. Wie die Mitteilung der Kölner Handelskammer ergibt, hat in diesen nicht bloß die Zollfreiheit der Schiffbaumaterialien den Fischschiffbau um Vieles ungünstig beeinflusst, sondern auch die Fischerei selbst der deutschen Rarteile. Um die Preise im Zustande möglichst hoch halten zu können, sind die Fischer der Kohlenbergwerke, der Holz- und Nadelholzindustrien, der Produktanten von Holzsubstanzen u. a. dazu übergegangen, theils unmittelbar nach dem Auslande billiger zu verkaufen, theils dem Fabrikat der Eisenbranche, die ihre Erzeugnisse zur Ausfuhr bringen, Ausfuhrprämien zu zahlen. Auf beiden Wegen wird die ausländische Industrie der inländischen gegenüber bevorzugt und werden den inländischen Verbrauchern Kosten auferlegt, die der ausländische nicht zu tragen braucht. Dem einheimischen Industrieumstande macht sich die in solche Weise dem ausländischen Konkurrenzende gewählte Unterlegenheit ganz besonders geltend, wenn der letztere seine Erzeugnisse, wie die von ihm bekannten Fischschiffe, sofrei einführen kann. Dies ist der Segen der Handelspolitik, die selber in Deutschland von amtlichen Stellen gepflegt und indirekt gefördert wird.

\* Ähnlicher Statistik zufolge hat sich die Zunahme im Geschäftswesen zwischen 1899 und 1900 auf 633 Gewerkschaften und 111,133 Gewerkschaftler betragen. Die erhebliche Zunahme hat der Allgemeine Verband der deutschen landwirtschaftlichen Gewerkschaften zu Darmstadt zu verzeichnen gehabt, ihm folgt „Agrarische Reichs-“ und die „Reichs-Zentral-Vereinigung der Gewerkschaften mit befristeter“ hat sich die „Schule-Zentral-Vereinigung“ ganz wesentlich vermehrt haben, hat un- gekürzt bei Darmstadt und „Reichs-“ die Form der un- befristeten Sozialpolitik einen erheblich größeren Zuwachs als die der befristeten Sozialpolitik angenommen gehabt. Bei den übrigen Verbänden ist die Zunahme der Form der befristeten Sozialpolitik weit höher, als die der unbefristeten, und bei dem letzten Reichsverbande angegliederten Gewerkschaften ist die Form der unbefristeten Sozialpolitik offensichtlich im Rückgang, die der befristeten in steter Zunahme begriffen. Deutlich ist die letztere Form erst durch das Wirtschaftsgesetzschäfts-





**Waltersleben, 21. März.** (Ein Ausreißer.) Schon da vorgestern Abend der Zug Braunkohl-Kohle die Wege herab: plötzlich ein gefahrender Affen — ein Hund — der Zug steht. Eine Entgleisung? Zusammenstoß? Alles läuft aufrecht zu den Thüren und Fenstern. Im Dämmerlicht läuft der Zugführer mit dem ganzen Personal einer Gelass nach, die sich alsobald als ein Reisender erweist, der, zu braunen, von Kohlen nach Sachsis zu gehen, bereits am Sachsiser Wege bei Welsa aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge herausgesprungen war, um eine Strecke des Weges abzuweichen. Der sämige Reisende, dem offenbar die Schnelligkeit der Bahn nicht allein die Wichtigkeit einflößte, kam mit dem Zugenden und einigen Handabstärkungen davon. Über seinen Willen bekam er nicht. Nohens volens wurde er in den Zug gefasst, der mit 20 Minuten Verspätung hier anlangt.

**Essen, 21. März.** (Wahlzettel.) Die Gemeindevorwahl kam vorgestern nicht zustande, da nur 804 Wähler ihre Stimmen abgaben. Zur Gültigkeit der Wahl hätten 976 Wähler von ihrem Wahlrechte Gebrauch machen müssen. Es ist deshalb auf den 25. März eine Fortsetzung der Wahl anberaumt. Aber der Beschaffung eines stichhaltigen Grund nicht entspricht, wird in eine Ordnungsfahrt von 3 M. genommen werden. In die Wahlliste sind 1957 Wähler eingetragen. — Eine ganz hübsche Einnahme für den Stadtsaal, zumal wenn von den Säumigen auch das nächste mal viele treffen.

**Weimar, 21. März.** (Wespen im Staatskasten.) Ein fleißiger Gartenbesitzer untersuchte in diesen Tagen seine Staats- und Weidenkästen und entdeckte dabei, daß einer der Kästen im vorigen Jahr statt von Wägen vielmehr von Wespen besetzt gewesen war. Das ganze Innere des Kastens zeigte sich angefüllt mit kunstvoll angefertigten Wespenneistkästen. Von der Decke hing ein rosettenartiges flaches Gebilde herab. In einer Entfernung von etwa Fingersbreite darunter befand sich der Hauptbau in Rundform. Der Stiel der Waben war die bekannte ganze fächerförmige Masse aller Wespenneister.

**Wetzlar, 21. März.** (Stein Surstienmangel mehr.) Bei dem jüngsten Landgericht und Amtsgericht befinden sich gegenwärtig im Vorbereitungsdienst sechs Gerichtsassessoren und fünf Referendare. Zwei Assessoren werden wieder nach Weimar zurückverfördert, während die übrigen, sowie die Referendare, sämtlich hier im Lande zu verbleiben gedenken. Der vor einiger Zeit gemeldete Surstienmangel ist in unserem Fürstenthum vollkommen beseitigt.

**Vermischtes.**

Das ehrengeachtliche Verfahren gegen Justizrath Dr. Sello in Weimar, das bekanntlich mit dem Herrberg-Prozess zusammenhängt, findet am heutigen Samstag nachmittags vor der Anwaltskammer statt. Der Bericht wird Justizrath v. Simon führen, dem Anwaltgenosse steht Justizrath Kleinschütz zur Seite. In sechs Punkten hatte der Oberstaatsanwalt Anklage erhoben, die Anwaltskammer hatte aber in zwei Punkten die Anklage abgelehnt. Auf die Beweise des Oberstaatsanwalts hat in diesen der zuständige Senat des Kammergerichts befürwortet, auch in diesen beiden Punkten die Erhebung der Anklage zu veranlassen.

Eine neue Züchtungsart für Hunde wurde gelegentlich einer in Genua stattgefundenen Zusammenkunft der Züchtungsverein Oberbayern, Frankfurt, Münchenburg und Bonn praktisch vorgeführt. Die Tiere kommen in einem eisernen, mit zwei kleinen Glasfenstern versehenen Kästen, in welchen dann von unten her Strohblende einströmt, während durch ein oberes Ventil die atmosphärische Luft einströmt. Die Züchtungsprozedur währte bei jedem Hunde etwa 1 1/2 Minuten. Der Tod tritt völlig schmerzlos ein, da die Tiere alsbald die Bewußtlosigkeit verlieren. — In der sich an die Demonstration anschließenden Versammlung wurde auch von den auswärtigen Teilnehmern betont, daß diese Züchtungsart als die denkbar humanste zu bezeichnen sei.

Das Schicksal eines Armenhändlers in Neutirgen bei Schwandorf, den man auf seinem Krankenlager beobachtet hatte verhungern lassen, wird demnach das Landgericht in Amberg beschlagnahmt. Der Tod des bedauernswerten Mannes hat zu einer Anklage wegen schuldiger Tötung geführt und zwar ist dieselbe erhoben gegen den Wirth, den Armenmeister (Schwamm) Gentrungsbegleitenden) Antonschlag, einen Armenpfleger und den Gemeindevorsteher.

Eine heftige Thät ist dieser Tage an dem Subfittlerer Geiz, einen 47jährigen Mann aus dem Dorfe Welsch in Polen, begangen worden. Er hatte sich von seinem Brotherrn 10 M. geben lassen und war nach Gamsdorf gegangen, um Einkäufe zu besorgen. Abends ist er dort auch noch geblieben worden. Am anderen Morgen wurde er furchtbar angegriffen und der Diebstahl betrug im Ganzen 100 Gulden. Bei näherer Befichtigung bemerkte man noch geringe Lebenszeichen an ihm, obwohl der Mörder ihm den Unterleib kreuzweise aufgeschnitten hatte. Bald darauf jedoch starb er. Von dem Mörder fehlt bis jetzt jegliche Spur.

Gefährliche Gemüthliche. In einer Parochialkirche von Nicolò Bienco wurde vor einigen Tagen ein Trispychon von großem Werthe, eine Arbeit des berühmtesten Gola da Venedig, gestohlen. Die drei Theile stellen die Madonna mit dem Kinde, die Kreuzabnahme und die Heiligen Petrus und Paulus mit Santa Lucia dar. Wie die Diebe das 2 Meter hohe und 1 1/3 Meter lange Bild aus der Kirche unbemerkt entführen konnten, ist heute noch nicht aufgeklärt. Da das Gericht zu Ehen der Polizei drang, das Bild sollte nach Rom gebracht werden, richtete man, wie die Blätter berichten, bei den dortigen Antiquaren einen besonderen Ueberwachungsdienst ein, und es gelang der Carabinieri auch, einen der Diebe festzunehmen und das Bild in einem abgelegenen Hause der Stadt, wohin sich mehrere Geheimpolizisten als „Wilderhändler“ begaben, unverletzt wieder aufzufinden.

Einen goldenen Kranz will man in Spanien dem Vorkämpfer der Freirey stiften. Das Wabrheit faktische Verdienst von Delaney zeigt an, daß es eine Genugthuung verdienen sollte, werde, an welcher die hervorragenden holländischen Politiker, Gelehrten und Schriftsteller mitarbeiten sollten. Der Antrag aus dem Vorstand dieser Nummer soll zum Ankauf eines goldenen Kranzes bestimmt sein, der an den Präsidenten Krüger geschenkt werden soll, mit dem Bitte, ihn dem General Delaney zu überreichen. An den Präsidenten selbst soll zu gleicher Zeit ein Substitutionschein gesendet werden.

**Beste Telegramme.**

Stet. 21. März. Wie in Marinekreisen bekannt, wird das erste deutsche Geschwader zur Großflottenübung-Erhaltung des Königs Alfonso von Spanien in den spanischen Gewässern antworfend sein.

**Preise von Kali-Kuxen,**

festgestellt von Sammel-Zeitung, Berlin und Essen, 21. März.

	Geld Brief		Geld Brief
Reinrode . . . . .	425	Hohenfels . . . . .	2175
Bernhardshall . . . . .	190	Hohenrolla . . . . .	2020
Barbach . . . . .	2300	Jastun I. . . . .	—
Carlsfeld . . . . .	—	Kaiseroda . . . . .	2120
Friedrichshall . . . . .	350	Neustadt . . . . .	10100
Gleuskopf-Sonderh. . . . .	975	Rosenthal (Aktien)	450
Hedwigshaus . . . . .	3875	Saldorf-Kaliw. A.	2300
Herzonia . . . . .	19000	Wilhelmshall . . . . .	10100

Kohlenkuxe fest, höher Friedricher Nachbar und Julius Philipp, dagegen Nonfeld niedriger. Von Kaliwerthen Hohenfels höher, Jastun I. am Markte. Erzkuxe fest.

**Wasserstand der Saale bei Trotha.**

Trotha, 21. März. Abends + 2,72. 22. März. Morgens + 2,73.

**B. J. Baer, Bankgeschäft,**

Halle a. S., Leipziger Str. 64.  
**Capitals-Anlage** in mündelbahren Werthen:  
**Provincial- u. Stadtanleihen** etc. stets vorrätig.  
**Hypotheken-Vermittlung**  
 für den Geldgeber völlig kostenfrei.  
**Coupons-Einlösung.**

Überall zu haben.

**Kalodont**

unentbehrliche  
**Zahn-Crème.**

Zur Reinhaltung der Zähne genügen Zahnwäscher allein nicht. Die Entfernung aller am Zahnteil sich ansetzender unangenehmer, schädlicher Stoffe kann nur durch die mechanische Reinigung in Verbindung mit einer erweichend und antiseptisch wirkenden Zahn-Crème erfolgen, als welche sich „Kalodont“ in erfolgreichster Verwendung bereits in allen Culturstaaten bewährt hat.

Fortlaufend grosse Eingänge entzückender Saison-Neuheiten in:

**Jackets, Kragen,**

**Capes, Costumes, Blousen, Blousenhemden, Kleiderrocken, Morgenrocken, Unterröcken, Matinées, Knaben- und Mädchen-Confection.**

Vornehmer Geschmack, tadelloser Sitz, sowie sauberste Verarbeitung zeichnen meine Confection besonders aus. Die Preise sind, wie alle übrigen Artikel, auf das denkbar niedrigste festgesetzt.

Grösstes Special-Etablissement für

**Damenputz**

und Weisswaaren am Platze.

Hervorragende Neuheiten in: Garnirten u. ungarirten Damen- u. Mädchen-Hüten, Modellhüten, Wiener Reischüten, Trauerhüten, Knabenhüten und Mützen, Herren-Strohähuten, Rüschen, Schleifen, Colliers, Jabots, Boas, Handschuhen, Fächern, Schirmen, Cravatten, Gürteln, Gürtelschlössern, Seidenband, Schleierhüllen, Bäumen, Federn, Spitzen, Stickereien, Oberhemden, Serviteurs, Kragen, Manschetten, Hosenträgern, Tricotagen, Taschentücher u. Herren-, Damen- u. Kinderwäsche jegl. Art.

Anerkannt grösste Auswahl!      Anerkannt billigste Preise!

Halle a. S. **Geschäftshaus J. Lewin.** Marktplatz 2-3.

